

EXTRA

Roter Widerdruck

EXTRA

Kolleginnen
und Kollegen, Einigkeit
ist unsere Stärke!



Arbeiterbund
für den Wiederaufbau der KPD
Betriebsgruppe für die Druckindustrie



ARBEITSPLÄTZE IN GEFAHR! WIE KÖNNEN WIR UNS WEHREN?

Seit Pressezar Axel Caesar Springer beim Münchner Merkur dick eingestiegen ist, ist es ein offenes Geheimnis, daß sich die Münchner Presse- und Drucklandschaft drastisch verändern wird. Daß das Druckzentrum auf der grünen Wiese kommen wird, ist so gut wie sicher. Die Folgen für uns: Gefahr von vielen Arbeitsplätzen, Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter. Vor uns steht die Frage: wie können wir uns wehren, welche Möglichkeiten haben wir überhaupt, welche Voraussetzungen brauchen wir, um unsere Arbeitsplätze verteidigen zu können? Die heutige Mitgliederversammlung (Thema: Axel Springer in München) muß ein Anlaß sein, diese dringenden Fragen zu diskutieren und Lösungen zu erörtern, damit wir uns jetzt vorbereiten auf den Kampf um die Sicherheit unserer Arbeitsplätze.

Mitbestimmung und Rationalisierung

Die Frage der Sicherheit der Arbeitsplätze ist eine der brennenden Fragen für die Arbeiterklasse, für alle Werktätigen, die durch die wirtschaftliche Abschwüngen durch Rationalisierung betroffen sind. In einer Branche wie der Druck-Industrie wurden in den letzten Jahren ca. 35 000 von ca. 180 000 Beschäftigten "freigesetzt". Und Fachleute der Branche rechnen damit, daß mindestens nochmal so viele Kollegen auf die Straße fliegen in den nächsten Jahren. Segen der kapitalistischen Rationalisierung! Das Problem ist nun: was kann man gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung tun, wie kann man sich wehren?

Die linke Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung gibt eine sehr einfache Antwort: Sie sagt Demokratisierung der Wirtschaft und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Unternehmensleitung, den Aufsichtsräten, usw. So fordert z.B. der Betriebsrat des Münchner Merkur, der aktuell durch den Einstieg von Springer, von starken Rationalisierungsmaßnahmen bedroht ist, Sitze im Aufsichtsrat und Belegschaftsaktien, d.h. wirtschaftlichen Beteiligung der Arbeitnehmer.

Diese "Lösung" hat etliche Haken.

1. Einige Sitze von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat ändern nichts an den faktischen Mehrheitsverhältnissen in diesem Gremium. Die Mehrheit liegt weiterhin bei den Kapitalisten. Die Betriebsräte im Aufsichtsrat können noch so laut nein sagen - bestimmen tun sie nicht, sondern die, denen der Laden gehört. Das gleiche gilt für alle bestehenden gesetzlichen Mitbestimmungsregelungen, die immer eine Mehrheit des Kapitals garantieren und absichern, d.h. die Stimmen der Arbeitnehmer im entsprechenden Gremium ihrer praktischen Wirksamkeit berauben.

2. Auch die wirtschaftliche Beteiligung z.B. per Belegschaftsaktien verstärkt die Position der Arbeitnehmervertreter nicht. Ein paar Prozente am Kapitalbesitz setzen die tatsächlichen Besitzverhältnisse nicht außer Kraft. Die Kapitalisten würden aufhören Kapitalisten zu sein, wenn sie der Belegschaft die Mehrheit am Kapital zugestehen würden. Das würde also bedeuten, das Kapital müßte sich selber abschaffen. Darauf zu hoffen und zu warten, ist natürlich zwecklos. Kapital-"Besitz" der Arbeitnehmer hätte eine ganz gegenteilige Wirkung. Dadurch, daß die Kollegen jetzt Eigner weniger Antenne sind, wären

sie an "ihren" Betrieb gebunden, quasi mit vergoldeten Fesseln. Jede Forderung an den Arbeitgeber würde sich gegen sie selber richten, jeder Streik würde praktisch unmöglich gemacht, denn wer streikt schon gegen sich selber.

Wenn man die tatsächlichen Beispiele von "Mitbesitz" der AN betrachtet, wird klar, wem solche Art "Vermögensbildung" nützt: Die von Kollegen gekauften Aktien gehören ihnen lediglich auf dem Papier. Sie sind auf Jahre hinaus festgelegt, das Geld bleibt im Betrieb und die ausschließliche Verfügungsgewalt liegt während dieser Zeit beim Kapital. So gibt es z.B. bei Philips "Personal-Obligationen", die für 10 Jahre mit 6 % Zinsen festgelegt sind. Bei Mannesmann sollen neue Belegschaftsaktien ausgegeben werden, die auf 5 Jahre festgelegt sind. Das entscheidende ist dabei die Verfügungsgewalt, die eben beim Kapital liegt und dadurch in der Zeit der Festlegung weit über den Grad der Verzinsung hinaus dem Kapital Profite bringt. Für die Arbeiter bedeutet dieser "Mitbesitz" nichts als vorenthaltener Lohn und billigen Kredit an seinen Kapitalisten.

3. Sitze in Aufsichtsräten oder ähnlichen Gremien bedeuten noch lange nicht Beteiligung an der praktischen, tatsächlichen täglichen Unternehmensleitung. Die bleibt weiterhin 100 % in der Hand der Kapitalisten und ihrer Geschäftsführer. Sitze in den Gremien würden allerhöchstens ermöglichen nachträgliche Beschlüsse zur Kenntnis zu bekommen.

4. Von ganz grundsätzlicher Bedeutung ist auch, daß durch solcher Art Mitbestimmung die Zielsetzung der kapitalistischen Produktion, der Maximalprofit, weiter bestehen bleibt. Die Kapitalisten rationalisieren, führen neue Techniken ein, um rentabler zu produzieren, d.h. um die Profitrate zu halten und zu erhöhen, nicht aber um die Arbeit zu erleichtern, usw. Sie werden also weiter versuchen, den Lohnanteil zu drücken, also Arbeiter zu entlassen. Die Konkurrenz im Kapitalismus, die Jagd nach dem größten Profit zwingt die Unternehmer gegen die Interessen der Arbeiter zu handeln, sie auszubeuten und auf ihre Kosten zu rationalisieren. Wollte man die Problematik der kapitalistischen Rationalisierung abschaffen, dann muß man das System des Kapitalismus insgesamt beseitigen. Abschaffung des Profitsystems des Kapitalismus kann aber nur heißen, stattdessen ein gesellschaftliches System zu schaffen, daß nicht den Profit an die erste Stelle stellt, sondern die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Nicht die Wohlfahrt einer kleinen Minderheit von Superreichen, sondern das Wohlergehen der breiten

Mehrheit der Werktätigen. Anders gesagt, im Sozialismus werden die Arbeiter, die den technischen Fortschritt wirklich für die Verbesserung des Lebens der Arbeiter einsetzen und nicht gegen sie, wie es die Kapitalisten machen. Nur wenn wir selber darüber bestimmen können, wird der technische Fortschritt zum Segen werden und uns nicht Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze bescheren. Diese Punkte mögen sicher manchen einleuchten. Aber offen bleibt dann trotzdem die Frage: was soll ich jetzt tun? Was kann man machen, wenn morgen mein Betrieb dichtmacht oder ein Teil der Belegschaft durch Maschinen ersetzt wird?

Wenn man den ersten vier Punkten zustimmt wird man zugeben müssen, daß das Problem der Rationalisierung im Kapitalismus nicht grundlegend gelöst werden kann. D.h. aber, daß man wenn überhaupt, im Kapitalismus nur gegen die Folgen der Rationalisierung sich verteidigen kann. Dazu taugt die Mitbestimmung, die uns die SPD anbietet nicht. Die Praxis der schon existierenden Mitbestimmung hat ganz offensichtlich gezeigt, daß sie ein Betrug ist. Und auch die Forderungen, die von den linken Sozialdemokraten aufgestellt werden, sind nicht grundsätzlich anders und erfolgversprechender. Der Grund: sie zeigen nicht auf, unter welchen Bedingungen es den Arbeitern möglich ist, die drin-

gendsten Forderungen durchzusetzen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß sie alle Nachteile auf ihre Schultern nehmen müssen. Eine Mitbestimmung, die einzig darauf baut, daß Vertreter in Gremien setzen, die dann als Stellvertreter der Arbeitnehmer deren Forderungen durchsetzen sollen, fürchten die Unternehmer nicht. Das haben sie oft genug selber ganz offen ausgesprochen, daß im Gegenteil diese Mitbestimmung ihnen sehr zu Pass kommt, da sie ein Mittel ist, die Arbeiter an die Unternehmen zu binden.

"Die Mitbestimmung wird sich, so glaube ich, auch in Zukunft bewähren, sofern sich nur die Sozialpartner wie bisher um eine loyale Zusammenarbeit bemühen und jeder bereit, dem anderen zu geben, was ihm gebührt." So drückte sich Hermann Josef Abs auf dem CDU Parteitag 1954 in Köln aus.

Der entscheidende Punkt ist: Die sozialdemokratische Mitbestimmung klammert den Kampf aus, mehr noch: sie ignoriert ihn nicht nur, sondern soll in ersetzen und verhindern, damit der soziale Frieden gewahrt bleibt. Und darum sind die Unternehmer natürlich sehr froh über solche Mitbestimmungsforderungen, auch wenn Herr Schleyer oft so tut, als würde damit schon der Sozialismus hereinbrechen.

Einmal ganz grundsätzlich: Solange es den Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern gibt, solange hängt die Durchsetzung von Forderungen der Arbeiter immer davon ab, wie stark sie als Klasse ist, wie sie ihre Kampfkraft organisiert hat. Jeder noch so kleine Erfolg im Laufe der fast 200-jährigen Geschichte der Arbeiterbewegung wurde erkämpft, nicht erbettelt. Jede entscheidende Veränderung im Laufe der Geschichte hing immer von Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit ab - im Guten wie im Schlechten. Und dieser Grundsatz gilt genauso für die Mitbestimmung, für die Lösung des Problems der Rationalisierung und Sicherheit der Arbeitsplätze. Wenn die Arbeiterklasse stark genug ist, wenn sie ihre entsprechenden Organisationen, eine kommunistische Partei, Gewerkschaften, die wirkliche Kampforganisationen sind, hat, dann wird sie den Kapitalismus als solchen abschaffen. Solange dies aber noch nicht geht, wird sie sich mit weniger begnügen müssen. Die Frage der Ziele und ihrer Durchsetzbarkeit hängt also ab von den subjektiven Voraussetzungen und Bedingungen. Das ist aber genau auch der Punkt,

Konzentrationskrake schlägt erneut zu

WAZ versetzt Westdruck den Todesstoß

Hagen. UZ — Die Pressekonzentration an Rhein und Ruhr hat neue Opfer gefordert. Der Zeitungskonzern WAZ setzte am Freitag 51 Drucker der Westdruck GmbH in Hagen per Kündigung auf die Straße. Westdruck war im Jahre 1975 von der WAZ gegen den erbitterten Widerstand der Belegschaft „geschluckt“ worden.

Um die Belegschaft zu spalten und einzuschüchtern, so erklärten Funktionäre der IG Druck und Papier, habe der „Konzentrationskrake“ WAZ bei der Übernahme des Betriebes einerseits die Errichtung eines neuen Druckzentrums in Hagen in Aussicht gestellt, andererseits Sprecher der Belegschaft ge-

maßregelt. Von den damals 350 Arbeitern und Angestellten sind nach der neuen Entlassungswelle nur noch zehn übriggeblieben. Wie Betriebsratsvorsitzender Horst Wisotzki mitteilte, herrscht über das Schicksal der „Restbelegschaft“ Ungewißheit.

aus UZ

wo die Sozialdemokratie nicht sagen kann und wo der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter die Klarheit fehlt. Wer, wie die SPD sagt, der Kapitalismus sei grundsätzlich reformierbar, kann die entscheidende Perspektive und die Ursachen nicht angeben.

Von den Voraussetzungen hängt es also ab:

1. Es muß Klarheit darüber hergestellt werden, Schritt für Schritt - daß Kapitalismus und Unsicherheit der Arbeitsplätze zusammengehören wie Topf und Deckel, daß ein Kampf gegen die Rationalisierung im Kapitalismus daher ganz klare Grenzen hat. Daß dieser Kampf nur mit Erfolg gekrönt ist, wenn er sich unversöhnlich gegen dieses System als solches richtet.

2. Um einen solchen Kampf führen zu können, müssen die Arbeiter sich organisieren. Die elementarste und breiteste Organisation ist die Gewerkschaft. Die Führungen der Gewerkschaften handeln nach sozialdemokratischem Rezept, also versöhnlich gegenüber dem Kapital. Ähnlich denken aber natürlich auch viele Mitglieder in den Gewerkschaften. In den Gewerkschaften unversöhnlichen Kampfeswillen und eine daraus resultierende organisatorische Konsequenz ist eine entscheidende Vorbedingung für erfolgreichen Kampf. Das gilt für alle Bereiche gewerkschaftlicher Arbeit, für Tarifforderungen bis zum Kampf um jeden Arbeitsplatz.

3. Die Arbeiterklasse braucht eine politische Organisation, eine Partei der Arbeiterklasse, die in einem Wechselverhältnis Klarheit in der Klasse schafft und praktisch die Kämpfe anleitet. D.h. konkret in der BRD: Die Arbeiterklasse muß sich ihre Vorhut und Führung schaffen und herausbilden und die kommunistische Partei wieder aufbauen.

Ist es unter solchen Voraussetzungen dann möglich, Forderungen im Kapitalismus durchzusetzen? Selbstverständlich ja. Aus der Erfahrung der Lohnkämpfe weiß das jeder. Der 8-Stundentag, die 40-Stundenwoche, usw. sind Beispiele, die teilweise unter wesentlich schlechteren politischen und organisatorischen Bedingungen errungen wurde. Wobei die Schwäche der Arbeiter sich natürlich auch bemerkbar macht. Nämlich darin, daß das Kapital es verstanden hat, erkämpfte Forderungen durch Gegenmaßnahmen wieder auszuhöhlen und außer Kraft zu setzen. So ist die 40 Stundenwoche für viele Arbeiter nur auf dem Papier da, weil permanent Überstunden geschoben werden müssen, so sind oft Lohnerhöhungen bei Tarifabschlüssen unwirksam, weil sie die Unternehmer auf den Übertarif anrechnen usw.

wichtig**wichtig**wichtig**wichtig**wichtig

Kommt zur

Mitgliederversammlung der Druck und Papier am Montag, den 18.10.76 um 17 Uhr im Vollmer-Haus am Oberanger.

Thema: Axel Springer in München

Auch der Kampf um die Sicherheit der Arbeitsplätze, gegen die Folgen der Rationalisierung kann geführt werden mit Erfolg: Für die gesamte Arbeiterklasse nur durch die Abschaffung des Systems, für einzelne Belegschaften aber mit tatsächlichem Erfolg schon im Kapitalismus. Das Beispiel in Erwitte hat das sehr deutlich gezeigt.

Dort waren die rund 150 Arbeiter des Zementwerkes Seibes und Söhne von der Schließung des Werkes bedroht. Sie besetzten das Werk, verhinderten den Ausverkauf der Lagerbestände und forderten den Erhalt aller Arbeitsplätze. Hier handelte die gesamte Belegschaft und der BR in ihrem unmittelbaren Auftrag.

Die ganze Stellvertreter-Mitbestimmung hat dort nichts gebracht, sondern einzig und allein die tatsächliche Kampfkraft, der Wille der Belegschaft insgesamt, die Arbeitsplätze zu verteidigen und ihr Bewußtsein, daß sie dies selber machen müssen und nicht dort statt ihrer. In dem Maße wie in Erwitte die Einheit abbröckelte, was in gewisser Weise zwangsläufig war, ließ auch der Erfolg nach. Zwangsläufig deshalb, weil eben wesentliche

Rückläufige Beschäftigtenzahlen in der bundesdeutschen Druckbranche

	Jahr 1974	Anteil %	Jahr 1975	Anteil %	Veränderg. zahlenm.	in %	
Schleswig-Holstein	11 744	5,6	a)	a)	—	—	
Hamburg	9 377	4,5	8 636	4,4	-741	-7,9	
Niedersachsen	16 769	8,0	15 407	7,9	-1 362	-8,1	
Bremen	a)	a)	2 028	1,0	—	—	
Nordrhein-Westfalen	50 224	23,9	46 332	23,8	-3 892	-7,8	
Hessen	22 895	10,9	21 106	10,9	-1 789	-7,8	
Rheinland-Pfalz	8 720	4,2	7 996	4,1	-724	-8,3	
Baden-Württemberg	37 545	17,9	35 056	18,0	-2 489	-6,6	
Bayern	40 415	19,3	37 268	19,2	-3 147	-7,8	
Saarland	a)	a)	a)	a)	—	—	
Berlin-West	8 317	4,0	7 224	3,7	-1 093	-13,2	
Bundesgebiet	209 879	100,0	194 506	100,0	-15 373	-7,3	
	a)	3 873	1,8	13 453	6,9		

Voraussetzungen (siehe oben) noch nicht erfüllt sind. Wenn in diesem Sinn ein Belegschaft, Teile der Arbeiterklasse und die ganze Klasse selber ihre Sache in ihre Hände nehmen, dann haben sie was zu sagen, dann kann das Kapital nicht einfach darüber hinweg gehen und selbstherrlich bestimmen, dann hat die Arbeiterklasse auf Grund ihrer Kampfkraft auch was zu bestimmen. Man sollte das allerdings nicht Mitbestimmung nennen, obwohl vor 30 Jahren dies Wort einmal solch Inhalt hatte. Das ist jetzt anders geworden durch die Sozialdemokratie. Vor 30 Jahren konnte die Arbeiterklasse in der damaligen SBZ tatsächlich mitbestimmen auf Grund ihrer Klarheit, Einheit und Kraft.

Das damalige Kräfteverhältnis ermöglichte es der Arbeiterklasse z.B. folgende Richtlinien für Betriebsobleute in den Berliner Gaswerken durchzusetzen:

1. Das Personalbüro teilt dem Gewerkschaftsausschuß der Berliner Gaswerke jede Neueinstellung mit. Einstellungen erfolgen nur mit einer amtlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung, die vorher vom Gewerkschaftsausschuß geprüft und gegengezeichnet werden muß.
2. Entlassungen erfolgen nur nach Rücksprache und Zustimmung des Betriebsobmannes.
3. Jede Neubesetzung, Umbesetzung, Beförderung sowie Versetzung erfolgt nur nach Vereinbarung mit dem Betriebsobmann.
4. Der Gewerkschaftsausschuß und die Betriebsobleute erhalten im Rahmen des Mitbestimmungsrechtes laufend Mitteilung und Abschrift von Tätigkeitsberichten. Sie sind berechtigt an Besprechungen, Verhandlungen über Arbeitsplanung, technische Veränderungen und Erneuerungen, Einführung von Arbeitssystemen aller Art sowie über die Produktionsgestaltung und Arbeitsweise teilzunehmen. Sämtliche Bekanntmachungen und Anordnungen des Betriebsleiters bedürfen der Gegenzeichnung des Betriebsobmannes; Direktionsverfügungen und Bestimmungen werden vom Vorsitzenden des Gewerkschaftsausschusses gegengezeichnet.

Noch einmal zu den Ausgangspunkten zurück:

Geht es bei der Durchsetzung der Forderungen wirklich um die Frage der Sitze im Aufsichtsrat?

Nach dem bisher festgestellten nicht, sondern um die politische und organisatorische Kampfkraft der Arbeiter. Es geht natürlich auch darum, diese Kraft zu repräsentieren, dieser Kraft Führungs- und Vertretungsgremien zu verschaffen. Anders gesagt: die Arbeiterklasse muß sich selber eigenständige Organe schaffen, die nur und ausschließlich den Arbeitern gegenüber verpflichtet sind, die auf einem Programm arbeiten, daß den Interessen der Arbeiter entspricht. Eigene Organe, die die Macht der Arbeiter repräsentieren, die der absoluten Kontrolle der Werkstätigen unterzogen sind. Solche Organe können VK's, Betriebsräte, usw. sein. Eigenständige Organe waren und sind spontan gewählte oder benannte Streik und Solidaritätskomitees. Entscheidend ist dabei nicht die Form, sondern der Inhalt dieser Organe. Mitbestimmungsorgane wie Aufsichtsräte sind aber solche Organe niemals. Sie sind dem Wohl des Kapitals verpflichtet, nicht der Arbeiterklasse. Das gleiche gilt natürlich auch für das BVG mit Schweigepflicht Friedenspflicht, usw.

Wenn Betriebsräte zu eigenständigen Organen werden sollen, heißt das natürlich, daß die Grenzen des BVG gesprengt werden müssen daß dies BVG eine Fessel ist, die den BR ganz konkret den Kampf im Betrieb verbietet soll. Man muß also klar sehen, daß Mitbestimmungsorgane, wie Aufsichtsräte nicht zu revolutionieren sind. Sie sind vom Wesen her Organe des Kapitals. Darum ist die Beteiligung der Arbeiter an solchen Organen

eine absolute Nebenseite und von vollkommen untergeordneter Bedeutung. Es kann unter bestimmten Bedingungen nicht schaden, einen Arbeitervertreter im Aufsichtsrat zu haben, aber ein entscheidender Hebel für den Kampf kann das nicht sein.

Wenn die Arbeiter stark genug sind, dann können sie auch unter kapitalistischen Bedingungen und zwar immer entsprechend ihrer Kampfkraft, in den Ablauf der Unternehmensführung eingreifen. D.h. noch lange nicht Sozialismus, daß ist auch noch keine

lest die Arbeiterzeitung
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

ersch. 1436g
Halbjahresabonnement 8,-DM
Jahresabonnement 15,-DM
In Briefmarken kleben oder überweisen auf Postscheckkonto München 256 300 800 (Halbe Sommerrock)

Produktion nur zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, daß bleibt noch kapitalistische Produktion. Aber der Spielraum kann begrenzt werden. Die Arbeiter können den Kapitalisten unter den genannten Voraussetzungen zwingen, statt des einen gesellschaftlich nutzlosen Produkts, Produkte in Auftrag zu geben, die die Werkstätigen brauchen. Bei relativer Stärke der Arbeiterklasse und relativer Schwäche des Kapitals kann die Arbeiterklasse z. B. Preisstop und ähnliche Forderungen durchsetzen. Damit wird der Kapitalismus nicht aufgehoben, sondern sein Spielraum nur in gewissen Maße über eine gewisse Zeit eingeschränkt. Es ist auch nicht möglich, diesen Prozess sozusagen einfach immer weiterzuführen, bis man allmählich langsam in den Sozialismus vom Kapitalismus hinüberwächst. Eine Lage, in der die Arbeiterklasse so weitgehend mitbestimmen kann, wird auch nie lange dauern können, weil sie als Prozeß die Existenz des Kapitals gefährdet.

Wenn wir die Sicherheit der Arbeitsplätze verteidigen wollen, heute und morgen, wenn wir nicht warten wollen und können, bis der Kapitalismus eines schönen Tages mal nicht mehr ist, dann müssen wir die Konsequenz ziehen: nicht Stellvertreter-Politik, sondern selber handeln, nicht Versöhnung sondern Kampf gegen das System, nicht Beteiligung am Kapitalismus, sondern seine Abschaffung. Und: Voraussetzungen schaffen, die politische Klarheit durchsetzen und die organisatorische Einheit herstellen. So und nur so werden wir uns erfolgreich gegen die Folgen der Rationalisierung wehren können.

Roter Widerdruck

HERAUSGEGEBEN VOM ARBEITERBUND FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER KPD BETRIEBSGRUPPE FÜR DIE DRUCKINDUSTRIE MÜNCHEN 2 - TULBECKSTR.4 (RÜCKGEB.) SPENDEN: POSTSHECKKONTO MÜNCHEN 25 63 90 - 801 PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: HARALD HAUGWITZ EIGENDRUCK IM SELBSTVERLAG

STRUKTURKRISIS

DIE REGIERUNG DER BRD BERRÄPT 35 MRD. DM INVESTITIONSHILFE BIS '76

UNSERE INVESTITIONEN VON HEUTE SIND DIE ARBEITSPLÄTZE VON MORGEN!

SEHEN 35 MILIARDEN DM

ROHSTOFFE ENERGIE

FÜR NEUE ARBEITSPLÄTZE - DIE RATIONALISIERUNGSTECHNIK DER GROSSKONZERNE

WIR VERKAUFEN SICH?

TECHNIK FORTSCHRITT LOHNCOSTENERSPARNIS KONKURRENZFÄHIGKEIT RATIONALISIERUNG

TECHNIK UND FORTSCHRITT - UNAUFHALTBAR ZUM WOHL DER MENSCHHEIT

ARBEITSLOSIGKEIT

HE! HALT MAL? WIESO ARBEITSLOSIGKEIT? WIE WÄRE IMMER FORTSCHRITT ZUM WOHL? WAS SOLL DAS?

HE, IHR DA OBEN! WO SIND UNSERE ARBEITSPLÄTZE?

FÜR DIE INVESTITIONEN WURDEN DOCH HAUPTSÄCHLICH DIE VON UNS ERZIELTEN STEUERGELDER VERBRÄTEN - ZUR SICHERUNG UNSERER ARBEITSPLÄTZE

DIE DA OBEN ZUCKEN MIT DEN SCHULTERN?

RATIONALISIERUNG + FUSION = EIN BOMBENSCHWUPF DIE BOSSE HABEN GUT LACHEN: AUSGETRICKST! IN DER WIRTSCHAFT BESTIMMEN SIE. (VOOR)